



Heimliches Zubrot

Die neuen Regeln für Nebeneinkünfte von Parlamentariern verschleiern niedrige Summen. Jetzt wird nachgebessert **Seite 10**

Politik

www.ftd.de/politik

Merkel bereitet Weg für neue Griechen-Hilfe

Bundeskanzlerin will aber erst Bericht der Prüfkommision in Athen abwarten // Slowakei plädiert für Umschuldung

Mark Schrörs, *Brüssel*, Claudia Kade, *Berlin*, und Wolfgang Proissl, *Frankfurt*

Bundeskanzlerin Angela Merkel bereitet die Öffentlichkeit auf weitere Milliardenhilfen für das hoch verschuldete Griechenland vor. Zwar sagte sie gestern in Berlin, dass über solche Maßnahmen erst entschieden werde, wenn die Prüfkommision aus Vertretern von EU, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF), die derzeit in Athen weilt, ihren neuesten Bericht vorgelegt hat. Das jedoch bedeutet, dass weitere Hilfen durchaus möglich sind. Laut Medienberichten ist eine Summe von 30 bis 60 Mrd. Euro im Gespräch.

Nach FTD-Informationen aus EU-Kreisen wird Athen neue Hilfen aber nur bekommen, wenn die Regierung endlich ihre Zusagen einhält, die sie als Gegenleistung für das erste Notprogramm aus dem Mai 2010 in Höhe von 110 Mrd. Euro gemacht hatte. Die Griechen hinken vor allem beim Defizitabbau

und der Privatisierung von Staatseigentum in Höhe von rund 50 Mrd. Euro hinterher. „Wir können den deutschen Steuerzahlern nicht erklären, die Griechen hätten ihre Gegenleistung zum Milliardenplan nicht geliefert und deshalb werfen wir ihnen nun gleich noch mal ein zweites Milliardenpaket hinterher“, hieß es in EU-Kreisen.

Die Schuldenprobleme Griechenlands haben sich zuletzt wieder zugespitzt. Bei einem – am Ende doch bekannt gewordenen – Geheimtreffen berieten die wichtigsten Euro-Vertreter am Freitag in Luxemburg über die Lage und stellten danach weitere Hilfen in Aussicht. Besonders für Merkel aber ist das heikel: In der Öffentlichkeit und bei vielen Politikern gibt es großen Ärger über die anhaltende Krise in Griechenland und anderen Euro-Ländern.

EU-Währungskommissar Olli Rehn erklärte gestern, er erwarte Entscheidungen über weitere Hilfen für Griechenland bereits „in den kommenden Wochen“. Debatten über den Umfang eines zweiten Pakets bezeichnete er als verfrüht. Dem Vernehmen

Hilfe für Portugal

Zahlen Portugal soll für den Teil des 78-Mrd.-Euro-Rettungspakets, der von der EU kommt, zwischen 5,5 und sechs Prozent Zinsen zahlen. Das sagte EU-Währungskommissar Olli Rehn gestern. Irland zahlt knapp sechs Prozent, bekommt aber wohl bald einen Nachlass.

Warten In Finnland wurde gestern eine Abstimmung über das Portugal-Paket auf Freitag verschoben. Finnland gilt als Wackelkandidat, für die EU-Gelder ist aber Einstimmigkeit nötig. Anfang nächster Woche wollen die EU- und Euro-Finanzminister abstimmen.

nach ist sowohl im Gespräch, den Zins von gut vier Prozent, den Griechenland zahlen muss, erneut zu senken, als auch dem Land mehr Zeit für den Defizitabbau zu geben und Kreditlaufzeiten zu verlängern. Die Nachrichtenagentur Reuters berichtete gestern unter Verweis auf Berliner Koalitionskreise, dass überlegt werde, an der Verlängerung auch private Investoren zu beteiligen – allerdings freiwillig.

Die Slowakei ist indes der Ansicht, dass Griechenland seine Probleme letztlich nur mit einer Umschuldung bewältigen kann. „Die Krise in Griechenland ist so tief greifend, dass ohne einen solchen Schritt jegliches Finanzinstrument allein nicht hilfreich wäre“, sagte Regierungschefin Iveta Radicova gestern Reuters TV. Die Slowakei hat sich an dem ersten Rettungspaket für Griechenland beteiligt. Andere EU- und Euro-Vertreter lehnen eine Umschuldung bislang aber kategorisch ab.

**Weitere Berichte: Seite 12, 14
Kolumne: Seite 24**

EuGH stärkt homosexuelle Partnerschaft

Richter sprechen Paaren höhere Rentenansprüche zu

Jasmin Lörchner, *Brüssel*, und Jens Tartler, *Berlin*

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat gestern in einem Grundsatzurteil die Rechte gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften gestärkt. Homosexuelle in einer eingetragenen Partnerschaft haben demnach die gleichen Rentenansprüche wie Ehepaare.

EU-Mitgliedsstaaten, in denen eine gleichgeschlechtliche Ehe oder Partnerschaft zugelassen ist, müssen das Urteil in ihr nationales Recht überführen.

Die EU-Richter urteilten gegen die Stadt Hamburg, die einem schwulen Verwaltungsangestellten eine günstigere Steuerklasse bei der Berechnung seiner Rente verweigert hatte. Sie werteten dies als „Diskriminierung wegen der sexuellen Ausrichtung“. Der Kläger hatte 40 Jahre für die Stadt gearbeitet, ehe er 1990 erwerbsunfähig wurde. Im Oktober 2001 ging er mit seinem Partner eine eingetragene Lebenspartnerschaft ein. Anschließend stellte er einen Antrag, seine Rentenbezüge neu zu berechnen. Die Stadt lehnte ab, weil sie die eingetragene Lebenspartnerschaft nicht mit einer Ehe vergleichbar fand.

Als Verheiratetem hätte dem Mann eine günstigere Steuerklasse zugestanden – und damit monatlich 302,11 Euro mehr Rente. Die Richter befanden, „dass die Bezüge offenbar erhöht worden wären, wenn er im Oktober 2001 geheiratet hätte, anstatt eine eingetragene Lebenspartnerschaft mit einem Mann einzugehen“.

Gegen das Urteil kann keine Berufung eingelegt werden; der Fall geht an das Arbeitsgericht Hamburg zurück. Laut EuGH können sich Einzelne auf das Urteil berufen, schon bevor ihr Staat es in nationales Recht überführt.

Der Finanzexperte Bert Rürup sagte der FTD: „Für die gesetzliche Rentenversicherung ist das Urteil kein Problem. Da gibt es seit 2004 die volle Gleichstellung von Lebenspartnerschaften.“ Probleme entstünden im Steuerrecht, bei der Beamtenversorgung und den berufsständischen Versorgungswerken. Für die betriebliche Altersvorsorge sei das Urteil sehr wichtig.

Rürup sprach sich dafür aus, das Ehegattensplitting auch Lebenspartnern zu gewähren. „Sie haben alle Rechte und Pflichten wie in einer Ehe. Selbstverständlich müssen sie auch beim Splitting gleichgestellt werden.“

Leitartikel: Seite 25



Hat wieder gute Laune: **Philipp Rösler** feixte gestern bei der Fraktionssitzung der Liberalen. Nach langen Querelen kann er nun doch das Wirtschaftsressort übernehmen

Rösler vollendet Machtwechsel

Künftiger FDP-Chef setzt Brüderle als Fraktionschef durch // Morgen Kabinettsumbildung

Timo Pache, *Berlin*

Mit der Wahl von Rainer Brüderle zum neuen Fraktionschef hat der designierte FDP-Vorsitzende Philipp Rösler die wichtigste Hürde beim Umbau der Parteispitze genommen. Brüderle wurde gestern mit 86 von 90 Stimmen zum Nachfolger von Birgit Homburger gewählt. Sein Amt als stellvertretender Parteichef gibt Brüderle beim Parteitag in Rostock am kommenden Freitag auf.

Auch die übrigen Leerstellen in der FDP-Spitze konnte Rösler weitgehend besetzen: Als Kompensation für ihren Verlust des Fraktionsvorsitzes soll Homburger nun zur stellvertretenden Parteichefin aufsteigen – neben Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und dem designierten Gesundheitsminister Daniel Bahr. Rösler selbst wird Wirtschaftsminister und Vizekanzler.

Nach wochenlangen Querelen und Grabenkämpfen vollzieht sich der Machtwechsel bei den Liberalen damit überraschend schnell. Rösler war bereits Anfang April als Nachfolger des scheidenden Parteichefs Guido Westerwelle nominiert worden. Seit-

her hatte er aber für den versprochenen personellen Neuanfang schwer kämpfen müssen. Insbesondere Brüderle und Homburger widersetzten sich lange allen Versuchen, sie aus ihren Ämtern zu drängen – was Rösler die Kritik einbrachte, sich nicht durchsetzen zu können.

Nach der Wahl Brüderles demonstrierten alle Beteiligten große Geschlossenheit. Rösler zeigte sich zufrieden, dass er die wichtigsten Entscheidungen vor dem Parteitag hat durchsetzen können. „Ziel ist es, damit alle Personaldiskussionen abzuschließen“, sagte er.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) begrüßte die rasche Neuwahl der FDP-Fraktionspitze. Dies sei ein Beitrag dazu, dass sich die Koalition wieder der Sacharbeit widmen könne. „Das empfinde ich als ein sehr hilfreiches Vorgehen“, sagte sie vor ausländischen Journalisten in Berlin. Zuletzt hatte sich in der Union großer Unmut über die Personalquerelen in der FDP angestaut, da die Koalition bei wichtigen Entscheidungen gelähmt war.

Brüderle, der sich bis zuletzt mit Rösler um das Wirtschaftsressort gestritten hatte, sagte: „Wir sind fest entschlossen, das Blatt zu wenden.“

Der Fall Koch-Mehrin

Vorwurf Für die FDP-Politikerin Silvana Koch-Mehrin wird es in der Plagiatsaffäre allmählich eng. Zwar prüft die Universität Heidelberg die Vorwürfe des gezielten Abschreibens noch, nach Informationen des „Tagesspiegels“ wollen die Heidelberger Koch-Mehrin den Dokortitel aber aberkennen. Grund seien mehrere festgestellte Plagiate in ihrer Dissertation.

Galgenfrist Offiziell will sich die Universität Heidelberg Anfang Juni äußern. Noch stehe eine Stellungnahme oder Anhörung Koch-Mehrins vor dem Promotionsausschuss ihrer Fakultät aus. „Die Anhörung ist völlig ergebnisoffen“, teilte die Uni mit. Koch-Mehrin ist Vizepräsidentin des Europaparlaments und Mitglied des FDP-Präsidiums.

Die FDP habe in den ersten Jahren der schwarz-gelben Regierung zwar Fehler gemacht. Aber bis zur Bundestagswahl 2013 bleibe genügend Zeit, um die Liberalen aus ihrem Tief herauszuführen. In Umfragen kommt die FDP aktuell nur auf drei bis vier Prozent, eine Fortsetzung der schwarz-gelben Koalition wäre derzeit unmöglich.

Im Kabinett sollen die geplanten Ministerwechsel morgen vollzogen werden. Zunächst sollen Brüderle und Rösler von Bundespräsident Christian Wulff ihre Entlassungsurkunden erhalten und damit formal aus ihren Ämtern als Wirtschafts- und Gesundheitsminister ausscheiden. Gleich im Anschluss erhält dann Rösler seine Ernennungsurkunde zum neuen Wirtschaftsminister, sein bisheriger Staatssekretär im Gesundheitsressort, Daniel Bahr, seine Ernennungsurkunde zum Gesundheitsminister. Anschließend soll der 34-jährige Bahr im Bundestag vereidigt werden. Für Bahr wiederum soll die gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion, Ulrike Flach, zur Gesundheitsstaatssekretärin aufrücken.

**Kopf des Tages: Seite 2
Röslers Rochaden: Seite 11**

Japan stoppt Ausbau der Atomenergie

Premier verwirft nach Fukushima Kernkraftpläne

Martin Kölling, *Tokio*, und Georg Fahrion, *Berlin*

In Reaktion auf den Atomunfall von Fukushima will Japans Regierung ihre Energiepolitik ändern. Der Plan, den Anteil der Kernenergie am Energiemix bis 2030 von derzeit 30 auf 50 Prozent anzuheben, werde aufgegeben, sagte Premier Naoto Kan gestern. Stattdessen sollten die erneuerbaren Energien ausgebaut und Stromsparmaßnahmen gefördert werden.

Setzt der Premier sich durch, könnte Japan vor einer Energiewende stehen. Seit der Ölkrise Anfang der 70er-Jahre hat das ressourcenarme Land auf den Ausbau der Atomkraft gesetzt, um seine Energiesicherheit zu erhöhen. Japan muss nahezu 96 Prozent seines Energiebedarfs importieren; ein Großteil davon ist Öl aus dem Nahen Osten. Im Kontext der globalen Debatte über den Klimawandel wurde Atomkraft zudem auch in Japan als Weg zur Senkung der Kohlenstoffdioxidemissionen gepriesen.

Energiewende möglich

Erst 2010 hatte die regierende Demokratische Partei (DPJ) dafür votiert, das Atomprogramm schneller auszubauen. Um seine Importabhängigkeit zu reduzieren, strebte Japan als eines von wenigen Ländern einen geschlossenen nuklearen Brennstoffkreislauf an. Dem Plan zufolge sollten im Jahr 2030 nur 20 Prozent der Elektrizität aus erneuerbaren Energiequellen gewonnen werden. Die Katastrophe vom 11. März hat die Strategie allerdings schon deswegen zunichtegemacht, weil das Erdbeben und der Tsunami zehn der 54 Meiler Japans zerstört oder schwer beschädigt haben.

Die wirtschaftlichen und technischen Voraussetzungen für eine Energiewende sind gut. Sowohl in der Solartechnik als auch bei Brennstoffzellen, Akkus und sehr energiesparenden Autos und Haushaltsgeräten rangieren japanische Konzerne wie Toyota oder Panasonic bereits an der Weltspitze. In den südlichen Landesteilen wird Sonnenstrom schon bald auch ohne Subventionen wettbewerbsfähig sein, schätzen Industriemanager. Zudem stellt die vulkanische Aktivität im Untergrund ein bisher wenig angezapftes Energiepotenzial dar.

Kein vollständiger Ausstieg

Ein vollständiger Ausstieg aus der Kernkraft, wie Deutschland ihn anstrebt, ist in Japan aber unwahrscheinlich. Die Atomlobby hat starke Verbündete in Bürokratie, Medien und Politik – auch in Kans eigener DPJ. „Der Schwenk ist für Kan nicht unproblematisch“, sagt Patrick Köllner, Direktor des Giga-Instituts für Asienstudien in Hamburg. „Mit innerparteilichem Widerstand ist zu rechnen.“ Dazu kommt die Opposition, die im Oberhaus die Mehrheit hat und den Premier stürzen will.

Wenngleich also Gegenwehr zu erwarten ist, könnte Kan aus seiner neuen Energiepolitik politischen Vorteil ziehen, denn die Bevölkerung beugt die Kernkraft zunehmend kritisch. „Mit der Kursänderung folgt Kan auch einem veränderten Meinungsbild“, sagt Köllner. Schon am Wochenende hatte Kan durchgesetzt, dass der AKW-Komplex Hamaoka abgeschaltet wird, bis er besser vor Tsunamis geschützt ist.

Kan kündigte gestern an, er werde bis zum Ende der Atomkrise auf sein Gehalt als Ministerpräsident verzichten und nur noch von seinen Bezügen als Parlamentarier leben. Ob ihn das retten wird, ist fraglich: Umfragen zufolge haben sich mehr als 70 Prozent der Wähler von seiner Regierung abgewandt. Drei Viertel werfen ihm schwaches Krisenmanagement vor.